

Wir investieren in die Zukunft

Wir stellen die Weichen für einen erfolgreichen Weg aus der Corona-bedingten Krise und eine gute Zukunft für unser Land. In dieser Woche beschließen wir den Bundeshaushalt 2021. Mit ihm schützen wir die Gesundheit der Menschen, stabilisieren die Wirtschaft durch Rekordinvestitionen und retten Arbeitsplätze durch Kurzarbeit. Gemeinsam mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz ist unser Ziel, die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie mit aller Kraft abzumildern und gleichzeitig in die Zukunft zu investieren, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Dafür nehmen wir sehr viel Geld in die Hand: 498,6 Milliarden Euro für 2021, davon 61,9 Milliarden Euro Investitionen - ein Rekordhaushalt. Insgesamt werden wir von 2021 bis 2024 über 200 Milliarden Euro an Investitionen tätigen, insbesondere in den Kampf gegen den Klimawandel, die Gestaltung der Digitalisierung und Transformation, in unsere Infrastruktur und in Bildung und Forschung. Das alles kostet viel; aber wer in der Krise spart, hat später den größeren Schaden. Dank der soliden Haushaltspolitik von Olaf Scholz in den vergangenen Jahren haben wir den Spielraum und die Kraft, jetzt die nötigen Mittel zu investieren.

Wir halten zusammen - gerade in diesen Zeiten. Olaf Scholz hat die Unterstützung der Novemberhilfe für alle, die durch die aktuellen Einschränkungen kein Geld verdienen können, auch in den Dezember verlängert. Damit werden Umsatzeinbußen um bis zu 75 Prozent abgedeckt. Jetzt muss endlich Bundeswirtschaftsminister Altmaier endlich für eine schnelle Umsetzung sorgen, dafür ist er verantwortlich. Ab Januar gibt es dann die Überbrückungshilfe III mit der Neustarthilfe für Soloselbständige. Die Überbrückungshilfe III verlängert und ergänzt die bestehenden Hilfsangebote bis Juni 2021 und berücksichtigt mit der Neustarthilfe gerade die besondere Situation von Soloselbständigen, insbesondere auch von Künstlerinnen und Künstlern und Kulturschaffenden. Zu den zu berücksichtigenden Kosten soll künftig eine einmalige Betriebskostenpauschale von 25 Prozent des Umsatzes im Vergleichszeitraum zählen, einmalig bis zu 5.000 Euro als unbürokratischer Zuschuss.

Und, wir beenden die Ausbeutung in der Fleischindustrie. Mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz beenden wir ein Geschäftsmodell, das gerade in der Corona-Zeit seine übelsten Seiten offenbart hat. Wir sorgen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Beschäftigten der Branche und für die Einhaltung von Vorschriften durch Kontrollen. Im Kernbereich der Fleischindustrie werden ebenso Werkverträge verboten wie die Leiharbeit beim Schlachten und Zerlegen. Wir stärken die Tarifbindung in einer Branche mit bislang wenigen Tarifverträgen und bauen die Rechte der Arbeitnehmer aus.

DAS WICHTIGE JETZT

